

BDA fordert weitere Einschränkung des Streikrechts:

JETZT ERST RECHT URABSTIMMUNG UND VOLLSTREIK FÜR DIE VOLLE DURCHSETZUNG UNSERER FORDERUNGEN!

27.2.2023



FÜR EIN ALLSEITIGES UND VOLLSTÄNDIGES GESETZLICHES STREIKRECHT!

Vom 20.2. bis 8.3. stimmen die Kolleginnen und Kollegen von der Post über einen unbefristeten Streik zur Durchsetzung ihrer Forderungen nach 15 Prozent mehr Lohn/Gehalt ab. Sie gehen berechtigt keinen Millimeter von ihren Forderungen ab. Das ist auch für die anderen ver.di-Bereiche der richtige Weg! Bislang und in den aktuellen Warnstreiks beteiligen sich Tausende Müllwerker, Straßenbahn- und Busfahrer, Feuerwehrleute, Beschäftigte in den Kitas, den Krankenhäusern, an den Flughäfen und andere Kolleginnen und Kollegen in den Kommunen und beim Bund an gewerkschaftlichen Warnstreiks. Ver.di-Chef Frank Werneke: „Da ist richtig Druck auf dem Kessel.“ Das unverschämte Angebot von Innenministerin Nancy Faeser auf der zweiten Verhandlungsrunde hat die Kampfbereitschaft der Kolleginnen und Kollegen erst

recht gesteigert. „Erst mal 9 Monate nichts, dann 3 Prozent im Oktober 2023 und 2024 nochmals 2 Prozent bei einer Laufzeit von 27 Monaten sind eine Frechheit“, ärgert sich eine Erzieherin. Und ein Müllwerker: „Die 1500 und 1000 Euro Einmalzahlungen sind doch kein ‚Inflationsausgleich‘. Die Inflation ist nachhaltig, die Einmalzahlung nicht!“

Die gewachsene gewerkschaftliche Kampfbereitschaft und Kampfkraft, die Diskussionen in vielen Betrieben für einen selbständigen Streik um Lohnnachschlag sind Ausdruck eines gewachsenen Klassenbewusstseins. Das beunruhigt die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), weshalb sie von der Bundesregierung eine gesetzliche Regelung zur weiteren Einschränkung des Streikrechts fordert. So erklärt Steffen Kampeter, Hauptgeschäftsführer der BDA: „Unser Arbeits-

► www.mlpd.de
► www.revolutionaerer-weg.de
► www.rf-news.de

Member of
ICOR

 **MLPD**

STEFAN ENGEL

DIE KRISE DER BÜRGERLICHEN NATURWISSENSCHAFT

Teil III

Stefan Engel
**DIE KRISE DER BÜRGERLICHEN
NATURWISSENSCHAFT**

Taschenbuch | 165 Seiten |
17,00 Euro | 978-3-88021-649-5
E-Book | 12,99 Euro |
978-3-88021-650-1

Bestellung an:
Verlag Neuer Weg, 0201 25915

www.neuerweg.de

Mitten im Ukrainekrieg mit der akuten Gefahr seiner Ausweitung zu einem atomaren Weltkrieg und dem Eintritt in eine weltweite Umweltkatastrophe ist ein neues Buch von Stefan Engel mit dem Titel „Die Krise der bürgerlichen Naturwissenschaft“ erschienen. Die Sorge vieler Kolleginnen und Kollegen wächst nicht nur um ihre soziale Lage, sondern auch darum, ob es noch eine Zukunft für unseren Planeten und damit für unsere Jugend geben kann. Heute steht die Frage so: Entweder es gelingt durch machtvolle Streiks, aktiven Widerstand und durch eine internationale sozialistische Revolution die Welt zu retten, oder wir versinken in der kapitalistischen Barbarei. Da kommt das Buch gerade recht. Darin wird deutlich: Die bürgerlichen Umweltforscher decken verschiedene Erscheinungen der verheerenden Umweltzerstörung zwar auf. Sie betrachten aber die ökologischen Systeme nicht als in sich geschlossene Systeme, sondern als Ansammlung von Einzelkomponenten ohne Zusammenhang und Wechselwirkung. Das Buch weist nach, dass und wie die dialektisch-materialistische Methode die Wirklichkeit richtig erfassen und darauf Einfluss nehmen kann. Mit dieser Gewissheit wird sich der Kampf für eine Zukunft der Menschheit Bahn brechen. Das Buch gibt Zuversicht, dass wir Arbeiter im Bündnis mit den breiten Massen eine Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung erkämpfen und im echten Sozialismus die Einheit von Mensch und Natur verwirklichen können. Das Buch behandelt darüber hinaus die Krise der verschiedenen Naturwissenschaften, von Astrophysik bis zu Medizin, mit einem Plädoyer für eine Bewegung für einen streitbaren Materialismus. Es ist tiefgründig und dennoch gut verständlich geschrieben, keineswegs nur für Experten.



kampfrecht wird zunehmend unberechenbar. Gesetzliche Regelungen für den Arbeitskampf sind daher überfällig. Ein Gesetz, das klarmacht, dass Arbeitskämpfe Ausnahmen bleiben sollen, kann auch ein Beitrag zur Stärkung der Tarifbindung sein.“

Streiks nur noch als „Ausnahme“? Damit fordert die BDA nichts anderes als eine weitere Beschneidung des eh nur auf Tarifrfragen durch Richterrecht eingeschränkten Streikrechts in Deutschland. In der Praxis kommt dies einem weitgehenden Streikverbot gleich und würde die Gewerkschaften zu einem zahnlosen Tiger machen. Genau solche Bestrebungen gibt es auch in Großbritannien. Mit verschiedenen Gesetzesvorlagen versucht die Regierung, das Streikrecht in England weiter einzuschränken.

Mit der BDA-Provokation ist in Deutschland die Diskussion um eine gesetzliche Regelung des Streikrechts auf dem Tisch. Die gibt es nämlich nicht, sondern nur eine Ableitung aus dem Koalitionsrecht im Grundgesetz. Das Grundrecht auf Streik kann aber nicht auf Tarifikämpfe eingeschränkt werden, sondern muss alle Arbeitskämpfe für ökonomische Forderungen und das Recht auf politische Streiks und den Generalstreik einschließen. Deshalb fördert die MLPD seit Jahrzehnten den Kampf um ein allseitiges und vollständiges gesetzliches Streikrecht. Diese Forderung bekommt angesichts der Gefahr eines Dritten Weltkriegs und der Tatsache, dass die globale Umweltkatastrophe bereits begonnen hat, eine immer größere Bedeutung.

So begründet die BDA die provokative Forderung folgendermaßen: „Gerade in dieser geopolitisch und wirtschaftlich komplizierten Lage muss die Balance gehalten werden.“ „Balance halten“ heißt übersetzt nichts anderes als die Unterordnung unter die Profit- und Machtinteressen der internationalen Übermonopole.

Statt „Balance zu halten“ sind die Kolleginnen und Kollegen gefordert, ihre gewerkschaftlichen und selbständigen Lohnkämpfe offensiv zu führen und mit dem Kampf gegen die Weltkriegsgefahr, die Umweltkatastrophe und für die revolutionäre Überwindung des Kapitalismus zu verbinden.

MLPD – PARTEI DER ZUKUNFT!

Ich möchte:

- ein persönliches Gespräch
- zu Veranstaltungen eingeladen werden
- weitere Informationen

Bitte persönlich abgeben oder im Umschlag an nebenstehende Adresse

Spenden an: GLS Bank Bochum, BIC: GENODEM1GLS
IBAN: DE76 4306 0967 4053 3530 00

**Kontakt: Zentralkomitee der MLPD, Schmalhorststr. 1c,
45899 Gelsenkirchen, 0209 951940, info@mlpd.de**